



Seite 1

- ▶ Kolumne
- ▶ Öffentliches Auftragswesen

Seite 2

- ▶ Gipfelergebnis

Seite 3

- ▶ EU-Agrarreform
- ▶ Asylqualifikationsrichtlinie

Seite 4

- ▶ Neues aus Europa
- ▶ Termine
- ▶ Impressum

Lieber Leser, Liebe Leserin,

ein Gipfeltreffen europäischer Staats- und Regierungschefs folgt dem nächsten und keiner weiß wirklich, was sich hinter verschlossenen Türen tut. Das ist schlicht eine Beleidigung der Volksvertreter und -vertreterinnen und damit eine Beleidigung der Bürger und Bürgerinnen, die sie gewählt haben. Damit muss endlich Schluss sein. Wir, Bürger und Bürgerinnen, haben ein Recht darauf zu verstehen und nachzuvollziehen welche Entscheidung wann, wie und warum getroffen wurde.

Die Alleingänge der Regierungen, insbesondere von Deutschland und Frankreich, sind von gestern. Es ist höchste Zeit, dass sich das auch auf europäischer Ebene herumspricht. Aus diesem Grund bin ich froh, dass das Bundesverfassungsgericht bei seiner Entscheidung gegen das Einsetzen eines Geheimgremiums im Bundestag, dies so klar und deutlich hervorgehoben hat.

Entscheidungen von höchster Wichtigkeit in kleinstem Kreis zu verabschieden ist falsch. Die Grundprinzipien der Demokratie müssen gewahrt und verteidigt werden: Die Vertreter und Vertreterinnen des Volkes haben das erste und das letzte Wort und nicht die Regierungen. Das Aufeinanderprallen von Meinungen, der Austausch von Argumenten, der öffentliche Diskurs, die Beteiligung der Bürger das sind die Elemente der gelebten Demokratie. Dafür lohnt es sich zu kämpfen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre 



Geballte Frauenpower auf dem Landesparteitag der SPD 2011 in Offenburg. Evelyne Gebhardt gratuliert Katja Mast zur Wahl zur neuen Generalsekretärin.

Öffentliches Auftragswesen sozial und nachhaltig gestalten

Europaabgeordnete stimmen für strategische Nutzung von Auftragsvergabe

Soziale und nachhaltige Kriterien sollen nach dem Willen der Europaabgeordneten zukünftig deutlich mehr Gewicht bei der öffentlichen Auftragsvergabe erhalten. So die klare Aufforderung an die EU-Kommission, die Position des Parlaments in ihrem für Ende des Jahres angekündigten Legislativvorschlag zur Revision des europäischen Vergaberechts zu berücksichtigen. Das Plenum des Europäischen Parlamentes hat in einem entsprechenden Initiativbericht „Modernisierung des öffentli-

chen Vergabewesens“ darüber entschieden.

„Wir Sozialdemokraten konnten den ursprünglich unzureichenden Bericht in Bezug auf Arbeits- und Sozialrechte deutlich verbessern“, zeigte sich die sozialdemokratische Fraktionssprecherin des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz im Europäischen Parlament Evelyne Gebhardt zufrieden.

„Es ist sinnvoll, mit öffentlichen Aufträgen gesamtgesellschaftliche

(Fortsetzung auf Seite 2)

Evelyne Gebhardt, MdEP

Nr. 11/2011, 10. November 2011

*(Fortsetzung von Seite 1)*

Ziele der Europa 2020-Strategie zu verfolgen und so etwa zum sozialen Zusammenhalt beizutragen“, betonte die sozialdemokratische Binnenmarktexpertin Barbara Weiler. „Gleichzeitig kommt es darauf an, die Entscheidungsträger vor Ort in die Auftragsvergabe einzubeziehen. Für sie spielt die praktikable und unbürokratische Umsetzung aller Neuerungen eine entscheidende Rolle“, so die SPD-Europaabgeordnete weiter.

„Ein effizienteres öffentliches Auftragswesen kann einen wesentlichen Beitrag zur Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze, zu besseren Löhnen, zu mehr Chancengerechtigkeit für kleine und mittlere Unternehmen bei der Auftragsvergabe und zu mehr Umweltschutz leisten“, fasste Evelyne Gebhardt den Zweck der Überarbeitung zusammen. Zwar ist es auch derzeit möglich beispielsweise ökologische Kriterien bei der Ausschreibung zu berücksichtigen, „soziale und innovative Aspekte kommen jedoch deutlich zu kurz“, ergänzt Barbara Weiler.

„Mit dem Bericht übermitteln wir der EU-Kommission nun die eindeutige Botschaft, dass öffentliche Auftraggeber nicht lediglich das wirtschaftlich günstigste, sondern das langfristig beste Produkt kaufen sollten“, konkretisierte die Europaabgeordnete Evelyne Gebhardt die sozialdemokratische Position. „Das billigste Angebot ist eben nicht unbedingt das Beste“, sind sich die beiden Parlamentarierinnen einig.

„Wir erwarten, dass die Zustimmung der konservativen und liberalen Fraktionen zur sozialen und nachhaltigen Vergabe auch beim

eigentlichen Gesetzgebungsprozess bestehen bleibt“, so Barbara Weiler abschließend.

Hintergrund:

Derzeit macht die öffentliche Auftragsvergabe immerhin 17 Prozent des BIP der Europäischen Union aus. Der Initiativbericht über die Modernisierung des öffentlichen Auftragswesens folgt dem Grünbuch der Europäischen Kommission vom 27. Januar 2011. Er ist von besonderer Bedeutung, da die Kommission noch Ende dieses Jahres einen Legislativvorschlag zur Revision des europäischen Vergaberechts vorstellen will.

Gipfelergebnis ist nur ein Zwischenschritt

Maßnahmen müssen sich angesichts Rezessionsgefahr bewähren / Sozialdemokraten fordern Initiative für Wachstum und Beschäftigung

„Die Ende Oktober beschlossenen Maßnahmen zur Stabilisierung Griechenlands und zum Ausbau des europäischen Rettungsfonds sind ein Schritt in die richtige Richtung. Sie müssen sich jedoch angesichts der in den nächsten Monaten drohenden Rezession erst noch bewähren“, stellte der SPD-Europaabgeordnete und Fraktionssprecher für Wirtschaft und Währung, Dr. Udo Bullmann, fest. „Frankreich ist angeschlagen. Spanien und Italien haben einen hohen Refinanzierungsbedarf. Daher ist weder klar, ob die Ausweitung des effektiven Fondsvolumens ausreicht, noch ob die Krise ohne eine flexible

Haltung der Europäischen Zentralbank bewältigt werden kann.“

Scharfe Kritik üben die Sozialdemokraten an fehlenden Anreizen für mehr Wachstum und Beschäftigung in Europa. „Mit Sparappellen allein kommen wir nicht über den Winter. Angesichts von 23 Millionen arbeitslosen Menschen und sinkenden Wachstumsraten brauchen wir gezielte Programme für Investitionen. Wirtschaftswachstum ist die Grundvoraussetzung zur nachhaltigen Sanierung der öffentlichen Haushalte“, so Udo Bullmann.

„Die Staats- und Regierungschefs haben sich viel zu lange von den Märkten treiben lassen. Hätten sie früher und entschiedener gehandelt, wären wir heute sicher ein gutes Stück weiter“, so der SPD-Wirtschaftsexperte. Die Sozialdemokraten fordern deshalb ein Ende der Hinterzimmer-Politik und eine umfassende Einbindung des EU-Parlaments bei der Bewältigung der Krise.

Trotz der aktuellen Beschlüsse rechnet Udo Bullmann nicht mit einem schnellen Ende der wirtschafts- und finanzpolitischen Schieflage in Europa: „Nach wie vor fehlt der große Wurf zur Bewältigung der Krise. Dazu zählen die Einführung von echten Eurobonds und einer Finanztransaktionssteuer sowie die Weiterentwicklung des Rettungsfonds zu einem Europäischen Währungsfonds. Außerdem müssen schädliche Finanzpraktiken und -produkte verboten und die Finanzaufsicht weiter gestärkt werden. Und nicht zuletzt bedürfen die Probleme von Steuerflucht und Steuerdumping einer Lösung.“



EU-Agrarreform: Parlament wird nach- bessern

Als ordentliche Arbeitsgrundlage, allerdings mit noch erheblichem Nachbesserungsbedarf, bewertete die SPD-Europaabgeordnete Ulrike Rodust die von EU-Landwirtschaftskommissar Dacian Ciolos vorgestellten Pläne zur Neuausrichtung der europäischen Agrarpolitik nach 2013.

Erfreut zeigte sich Ulrike Rodust über die Ausführungen des EU-Kommissars, Betriebe mit vielen Beschäftigten besonders zu berücksichtigen: „Wir müssen dafür sorgen, Betriebe und Genossenschaften, die Arbeitsplätze im ländlichen Raum schaffen, zu fördern und nicht durch die geplante Deckelung der Direktzahlungen zu benachteiligen. Der Vorschlag der Kommission setzt hierbei die richtigen Prioritäten. Die müssen wir in den anstehenden Verhandlungen zur Reform verteidigen!“

Die Zusage von Kommissar Ciolos in diesem Zusammenhang, eine Definition des „aktiven Landwirts“ einzuführen, um nicht, wie auch häufig kritisiert, Flughafenbetreiber und Golfplatzbesitzer durch Agrarsubventionen zu finanzieren, ist nach Ansicht von Ulrike Rodust der richtige Weg.

Die vorgesehenen Mittel der zukünftigen gemeinsamen europäischen Agrarpolitik sollen sowohl innerhalb als auch unter den einzelnen Mitgliedstaaten gerechter verteilt werden. Ulrike Rodust: „Die derzeit geltenden historischen Referenzwerte sind mittlerweile überholt. Wir brauchen in Zukunft Direktzahlungen, die sich stärker an umweltfreund-

lichen und sozialen Kriterien ausrichten. Der vorgeschlagene Ansatz der Kommission, eine Politik auf europäischem Niveau zu schaffen, die die Vielfalt der europäischen Landwirtschaft berücksichtigt, ist ehrgeizig und richtig.“

Allerdings gab die SPD-Agrarexpertin zu bedenken, dass die Pläne der Kommission Gefahr laufen, einen nicht unerheblichen bürokratischen Aufwand zu produzieren. „Bei der anstehenden Reform darf auf keinen Fall unser Ziel, den Bürokratieaufwand zu reduzieren, aus den Augen verloren werden. Richtige Absichten und Anreize dürfen nicht von einem Bürokratiemonster zunichte gemacht werden“, so Ulrike Rodust abschließend.

Mehr Rechte für Personen mit Anspruch auf internationalen Schutz

Als erste Richtlinie des Asylpakets hat das Europäische Parlament mit großer Mehrheit die Neufassung der Asylqualifikationsrichtlinie in erster Lesung verabschiedet. Diese definiert und ändert die Mindestnormen für die Anerkennung und den Status von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Personen mit Anspruch auf internationalen Schutz und den Inhalt des zu gewährenden Schutzes.

Birgit Sippel, SPD-Europaabgeordnete und Mitglied des Innenausschusses, begrüßte die Annahme der Richtlinie: „Eine einheitliche Anwendung von Asylbestimmungen innerhalb der EU ist zwingend notwendig, um gerade jene Mitgliedstaaten zu unterstützen, die mit einer besonders hohen Anzahl von Flüchtlingen

konfrontiert sind. Mit der Richtlinie werden die Kriterien, wonach Asyl zu gewähren ist, zukünftig EU-weit stärker angeglichen. So können wir die Unterschiede bei den Anerkennungsquoten verringern und Sekundärmigration vermeiden.“

Die Rechtsvorschrift soll Personen, wie etwa Folteropfer oder Zwangsverheiratete, die nicht die Bedingungen der Genfer Flüchtlingskonvention erfüllen, aber anderweitig internationalen Schutz benötigen, subsidiären Schutz gewähren.

„Flüchtlingen und Personen mit Anspruch auf subsidiären Schutz müssen die gleichen Rechte zuerkannt werden. In den Verhandlungen mit Rat und EU-Kommission ist es uns gelungen die beiden Schutzkategorien enger aneinander anzunähern, so dass nun allgemein von Personen mit Anspruch auf internationalen Schutz gesprochen wird. Auch die Ansprüche innerhalb des Schutzzumfangs werden enger aneinander angeglichen, wobei der Zugang zum Arbeitsmarkt der wichtigste ist“, so Birgit Sippel.

Leider wird eine unterschiedliche Behandlung im Bereich der Sozialleistungen, Integrationsmaßnahmen und Aufenthaltstitel weiterhin möglich sein. „Der Rat sperrt sich schon lang genug gegen die Angleichung der Schutzansprüche. Dabei wollen wir schlicht und einfach europaweit menschenwürdige Bedingungen für Asylsuchende schaffen. Die Mitgliedstaaten müssen endlich bereit sein, von ihrer Politik abzurücken und das Asylsystem als gemeinschaftliche Aufgabe begreifen“, so Birgit Sippel abschließend.



Neues aus Europa

**Dienstleistungsrichtlinie:
Alle Länder müssen
zügig umsetzen**

Die EU-Kommission hat neue Vertragsverletzungsverfahren gegen einzelne EU-Staaten eingeleitet. Unter anderem sollen Deutschland, Österreich und Griechenland wegen unvollständiger Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) verklagt und ein Zwangsgeld beantragt werden.

Die vollständige Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie, die seit dem 12. Dezember 2006 in Kraft ist, soll Schätzungen zufolge zu einem potenziellen Wachstum von 0,6 bis 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) pro Jahr in der EU führen. Gerade in der momentanen Lage ist es daher zwingend notwendig, dass die Mitgliedsstaaten ihren Verpflichtungen nachkommen.

**EU-Außengrenzen:
Kommission will leichteren
Zugang und mehr Sicherheit**

Die Europäische Kommission will ein elektronisches Überwachungssystem an den EU-Außengrenzen aufbauen, um die steigende Zahl von Reisenden aus Drittstaaten zu bewältigen. Die am 25. Oktober vorgeschlagene Initiative für „intelligente“ Grenzen solle den Grenzübergang von legal einreisenden Personen beschleunigen, sagte Innenkommissarin Cecilia Malmström.

So sei eine Registrierung für Vielreisende, die sich zuvor ei-

nem geeigneten „Screening“ unterziehen müssen, vorgesehen sowie eine elektronische Datenbank für die Ein- und Ausreise, die die derzeitige Passabstempelung ersetzen würde.

Die EU brauche ein moderneres und effizienteres System. Jährlich gibt es an den Außengrenzen rund 700 Millionen Grenzübergänge von EU-Bürgern und Drittstaatsangehörigen. Diese Zahl wird sich noch beträchtlich erhöhen. Schätzungen zufolge wird allein die Zahl der Reisenden an den EU-Flughäfen bis 2030 um 80 Prozent zunehmen.

**„Europa vor Ort“:
Neustart für Regionalportal**

Die Umsetzung der europäischen Politik auf regionaler Ebene in den Ländern und Kommunen zu präsentieren, das ist das Ziel des Informationsportals „Europa vor Ort“. Das bereits seit 2009 bestehende Portal wurde jetzt neu gestaltet und richtet seinen Fokus noch stärker auf Best-Practice-Beispiele in den deutschen Bundesländern, die mit EU-Mitteln realisiert wurden. Zu vielen EU-Förderprogrammen liefert „Europa vor Ort“ Hintergrundinformationen und bereitet aktuelle politische Entwicklungen auf, die für die Länder wichtig sind.

Terminhinweise

11. November 2011, 09.30 Uhr
Was? Besuch der Reinhold Würth Grundschule
Wo? Künzelsau Gaisbach

11. November 2011, 11.30 Uhr
Was? Bürgersprechstunde
Wo? Landratsamt Schwäbisch

14. November 2011, 18.30 Uhr
Was? Streitgespräch zum Thema "Europa der Zukunft" im Rahmen der Sozialtage Südbaden
Wo? Bad Krozingen

17. November 2011, 10.30 Uhr
Was? Besuchergruppe des Schönbusch Gymnasiums aus Bruchsal
Wo? Straßburg

17. November 2011, 20.00 Uhr
Was? Podiumsdiskussion zur Reform der Europäischen Agrarpolitik nach 2013
Wo? Kupferzell, Carl-Julius-Weber-Halle

23. November 2011, 14.00 Uhr
Was? Besuchergruppe der Jungen Europäischen Föderalisten Konstanz
Wo? Brüssel

27. November 2011, 14.30 Uhr
Was? Jahresfeier der AWO
Wo? Seniorenstift im Lindach, Schwäbisch Hall

Impressum

Redaktion: Evelyne Gebhardt und Moritz Kempel

Europabüro
Keltergasse 47
74653 Künzelsau
Tel.: 0 79 40 – 5 91 22
Fax: 0 79 40 – 5 91 44
EGebhardt.MdEP@t-online.de

Europäisches Parlament
60, rue Wiertz
B-1047 Brüssel
Tel.: 00 32 – 22 84 – 74 66
Fax: 00 32 – 22 84 – 94 66
Evelyne.Gebhardt@europarl.europa.eu

Die nächste Ausgabe erscheint am 8. Dezember 2011